

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
A. Einleitung	1
B. Informationskontrolle als Regelungsbereich des Zivilprozessrechts	3
I. <i>Das Problem prozessfremder Wirkungen der prozessualen Sachverhaltsaufklärung</i>	4
1. Rechtsordnungsübergreifende Grundlagen des Problems	5
a) Die zivilprozessuale Sachverhaltsaufklärung aus der Vogelperspektive	5
b) Die Grundsätze der Verfahrenstransparenz	6
c) Einsatzvielfalt der Information als Problem des Zivilprozesses	7
2. Erscheinungsformen der prozessfremden Wirkung zivilprozessualer Aufklärung	8
a) Das Problem zweckfremder Informationsverwendung	8
b) Das Problem rechtswidriger Informationsverbreitung	11
3. Informationskontrolle, Geheimhaltungsinteresse und Schutzwürdigkeit	12
II. <i>Mittel der Informationskontrolle im Zivilprozess</i>	12
1. Kontrolle durch Zweckbindung der Information	12
a) Zweckbindung durch den Ausschluss von Personen	13
b) Zweckbindung durch die Auferlegung von Verhaltenspflichten	13
2. Kontrolle durch vorbeugende Vorenthaltung	13
3. Der Preis effektiver Informationskontrolle	14
4. Informationskontrolle und Prozessstruktur	14

C. Die Struktur der zivilprozessualen Aufklärung im Vergleich	17
I. Beweisförmige und vorbereitende Aufklärung	17
II. Die Beweisaufnahme im Rechtsvergleich	19
1. Die Beweisaufnahme der anglo-amerikanischen Hauptverhandlung	20
a) Die Methode des Fallrechts und richterliche Passivität	21
b) Ablauf des trial	23
c) Beweisaufnahme unter Parteikontrolle	24
aa) Die Einheit von Tatsachenbeibringung und Beweis	25
bb) Parteiherrschaft als Kontrolle der Beweisaufnahme – das Kreuzverhör	26
cc) Zentrale Bedeutung der Glaubwürdigkeitskontrolle	28
d) Zusammenfassung	30
2. Die Beweisaufnahme im deutschen Zivilprozess	30
a) Abstraktes Gesetzesrecht und Richtermacht	31
b) Ablauf der kontinentalen Beweisaufnahme	32
c) Die Beweisaufnahme der ZPO als rechtsgebundene Aufklärung	34
aa) Parteiherrschaft als Bindung des Gerichts an den Parteivortrag	34
bb) Die Beweisaufnahme der ZPO im Kontrast zum trial	35
(1) Durchführung der Beweisaufnahme	35
(2) Tiefgang der Beweisaufnahme	38
(3) Parteimitwirkung und Glaubwürdigkeitskontrolle	39
d) Zusammenfassung	41
III. Die vorbereitende Aufklärung im Rechtsvergleich	42
1. Die Vorbereitung des trial	42
a) Erfolgsaussicht als Standard der Vorbereitung	42
b) Private Aufklärung als Mittel prozessualer Vorbereitung	44
aa) Begriffliches	45
bb) Disclosure und discovery nach den Federal Rules of Civil Procedure	46
cc) Disclosure und Austausch schriftlicher Zeugenaussagen nach englischem Zivilprozessrecht	49
dd) Umfang des vorbereitenden Informationsaustausches	53
c) Die Aufsichtsfunktion des Gerichts bei der vorbereitenden Aufklärung	55
2. Die Vorbereitung der Beweisaufnahme im deutschen Zivilprozess	59
a) Subsumierbarkeit der Tatsachenbehauptung als Standard der Vorbereitung	59
b) Grundsätzliche Verzichtbarkeit auf eine vorbereitende Aufklärung	61
c) Die vorbereitende Aufklärung als Ausnahmeerscheinung	66
aa) Auskunft durch substantiiertes Bestreiten	67

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XI
bb) Offenbarung von Beweismitteln	68
cc) Prozessuale Vorlagepflichten	70
dd) Privatbetriebene Aufklärung vor dem Prozess	72
<i>IV. Zusammenfassung</i>	78
D. Vergleichende Betrachtung der Informationskontrolle im Zivilprozess	81
<i>I. Kontrolle des Öffentlichkeitszugangs</i>	82
1. Ausschluss der Öffentlichkeit von Verhandlung und Beweis	83
a) Die Ausschlussstatbestände aus einem funktionalen Blickwinkel	84
b) Geringer Stellenwert des Öffentlichkeitsgrundsatzes im deutschen Zivilprozess	86
aa) Verfassungsrang und Strukturbezug der Verfahrensöffentlichkeit	87
bb) Verhältnismäßigkeit beim Ausschluss der Öffentlichkeit	91
cc) Verhältnis von Öffentlichkeit und Mündlichkeit	93
c) Fazit zur vergleichenden Betrachtung des Öffentlichkeitsgrundsatzes	99
2. Zugriff Dritter auf die Prozessakte und vorbereitende Materialien	100
a) Grundsätzliche Unzugänglichkeit der Prozessakte in England und Deutschland	100
b) Die freie Zugänglichkeit der Prozessakte in den USA	105
aa) „Unfiled discovery“	106
bb) Einsichtsrecht nach Grad inhaltlicher Auseinandersetzung des Gerichts	107
c) Fazit zur vergleichenden Betrachtung des Aktenzugangs	109
<i>II. Der Ausschluss der Partei von der Beweisaufnahme</i>	109
1. Informationskontrolle und Entscheidungsoptimierung	110
2. Kein Parteiausschluss im trial	111
a) Kein Parteiausschluss im US-amerikanischen trial	111
b) Kein Parteiausschluss im englischen trial	113
3. Kein beweisrechtliches Geheimverfahren im deutschen Zivilprozess	115
a) Der Parteiausschluss im black-box-Verfahren	117
b) Das in-camera-Verfahren als Verwirklichung praktischer Konkordanz	122
aa) Praktische Konkordanz durch ein effektives Zwischenverfahren	124
(1) „Blinde“ Abwägung im Zwischenverfahren	125
(2) In-camera-Prüfung im Zwischenverfahren	126
bb) Praktische Konkordanz durch ein in-camera-Hauptsacheverfahren	128
cc) Fazit zum beweisrechtlichen Geheimverfahren in Deutschland	131
4. Unvergleichbarkeit von pre-trial und Beweisaufnahme	132

<i>III. Kontrolle des Parteiverhaltens während der Prozessvorbereitung .</i>	136
1. Kontrolle der Informationsnutzung durch die Partei im pre-trial	136
a) Mittel zur Informationskontrolle im pre-trial	137
aa) Ausgangsregelung	137
(1) Grundsätzliche Verwendungsbeschränkung im englischen pre-trial	137
(2) Grundsätzliche Verwendungsfreiheit im US-pre-trial	139
bb) Verwendungsbeschränkungen als Standard der Informationskontrolle	141
cc) Personell eingeschränkte Offenlegung	144
(1) Offenlegung an ausgewählte Mitglieder des Unternehmens	146
(2) Offenlegung an externe Anwälte und Experten	148
dd) Vorbeugende Vorenthaltung	152
ee) Vorläufigkeit der Schutzmaßnahmen	153
b) Vorkehrungen zur Optimierung der Entscheidungsposition des Gerichts	153
aa) Die Entscheidung zur Informationskontrolle	153
(1) Nachweis eines konkreten Geheimhaltungsinteresses	154
(2) Nachweis eines besonderen Informationsinteresses	155
(3) Einzelfallabwägung	157
bb) Maßnahmen zur Optimierung der Entscheidungsposition	158
(1) Entscheidung aufgrund von Informationskategorien	159
(2) In-camera-Einsichtnahme in die umstrittenen Informationen	160
(3) Zuhilfenahme eines neutralen Dritten	161
c) Zusammenfassung	162
2. Kontrolle der Informationsnutzung durch die Partei in der deutschen Prozessvorbereitung	163
a) Ausschluss einer Partei vom gegnerischen Vortrag	163
b) Informationskontrolle im vorbereitenden Informationsprozess	166
aa) Mittel zur Informationskontrolle bei der materiellrechtlichen Informationsbeschaffung	167
(1) Beschränkung der Informationskontrolle auf vorbeugende Vorenthaltung	168
(2) Einschaltung eines Informationsmittlers (Wirtschaftsprüfervorbehalt)	168
bb) Vorkehrung zur Optimierung der Entscheidungsposition des Gerichts	170
(1) Entscheidung nach Informationskategorien	170
(2) In-camera-Prüfung im „Düsseldorfer Verfahren“	171
(a) Funktionsweise	173
(b) Verfahrensrechtliche Form	176
(c) Erhebung des Gutachtens zum Beweis	178

cc) Zusammenfassung	179
3. Fazit zur Informationskontrolle bei der vorbereitenden Aufklärung . .	180
<i>IV. Informationsvorenthaltung als Mittel der Informationskontrolle .</i>	181
1. Verlegenheitslösung bei Risiken zweckfremder Informationsverwendung	181
2. Sachgerechtes Instrument zum Schutz der Vertraulichkeit und Privatheit	182
a) Vorenthaltung als Instrument starken Vertraulichkeits- und Persönlichkeitsschutzes	182
aa) Informationsvorenthaltung zum Schutz der Vertraulichkeit . . .	182
bb) Informationsvorenthaltung zum Schutz der Privatsphäre	187
b) Schwacher Schutz der Vertraulichkeit und Privatsphäre im Zivilprozess	188
3. Als Schlusspunkt ein Sonderfall: Das Privileg gegen Selbstbezeichnung	189
E. Schluss	193
<i>I. Ergebnisse</i>	193
<i>II. Drei Anregungen für die deutsche Prozessrechtsdogmatik</i>	199
1. Aufgabe des Wunsches nach einem beweisrechtlichen Geheimverfahren	199
2. Informationskontrolle durch zweckbindende Verhaltenspflichten . . .	202
3. In-camera-Prüfung der Schutzwürdigkeit	207
Literaturverzeichnis	209
Sachregister	221